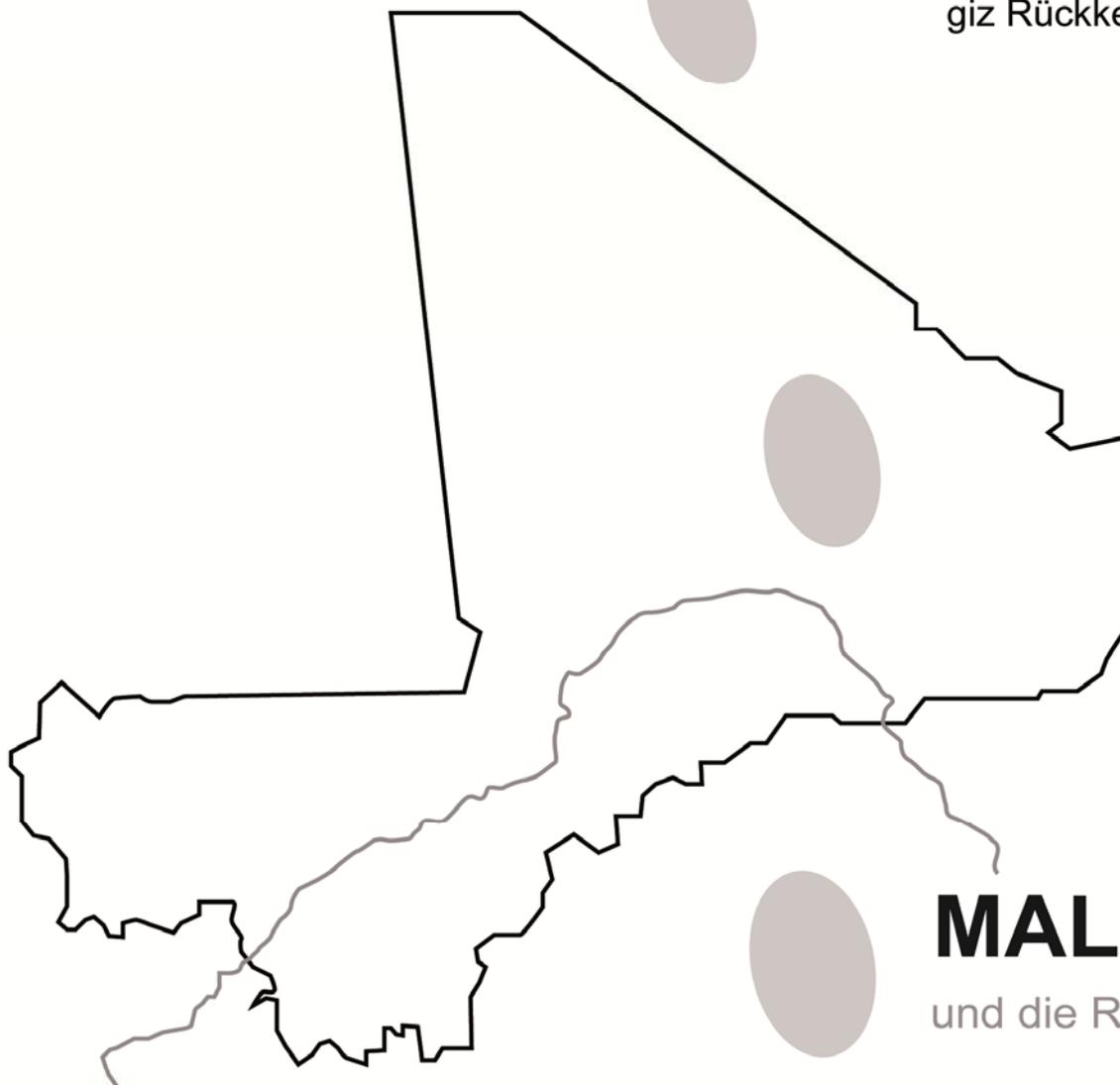


GRG e.V. Rückkehrerforum

giz Rückkehrergemeinschaft



MALI

und die Region des Sahel

VEREINSNACHRICHTEN

SEMINARRÜCKBLICK

TERMINE

Inhaltsverzeichnis

40 Jahre GRG	
Ekkehard Fengler	3
Vereinsnachrichten	
- Gabriele Geißler: Neues aus der GIZ	5
- Fachmesse ‚Engagement Weltweit‘	8
- Neue Mitglieder	9
Seminarrückblick	10
- Gabriele Geißler: Exzellente Fachkräfte für das frankophone Afrika. Herausforderungen und Lösungsansätze aus unserer Personalarbeit	11
- Renate Krauß-Pötz: Mali – fragile Staatlichkeit. Die Verantwortung der Malier. Die Verantwortung der Geber	13
- Godfried Koukoubou, M.Sc: Verwaltungsaufbau und Verwaltungshandeln im Mali. Istzustand und Bedeutung für die wirtschaftliche und politische Lage	14
- Angelika Frei-Oldenburg: Fragile Kultur. Erfahrungen aus dem Weltkultur- und Naturerbe Dogon-Land in Mali	17
- Eloi Traoré: Die Krise in Mali und der internationale Terrorismus.	19
- Dr. Gerhard Metschies: Seminarrezension	21
Termine	26



JAHRE GRG e. V.
Rückkehrerforum

Liebe Mitglieder, liebe Freunde,

In der letzten Ausgabe unseres Informationsblattes haben wir aus der Vergangenheit berichtet. Dieses Mal möchten wir - aufbauend auf der Vergangenheit über die Gegenwart - den Blick in die Zukunft richten.

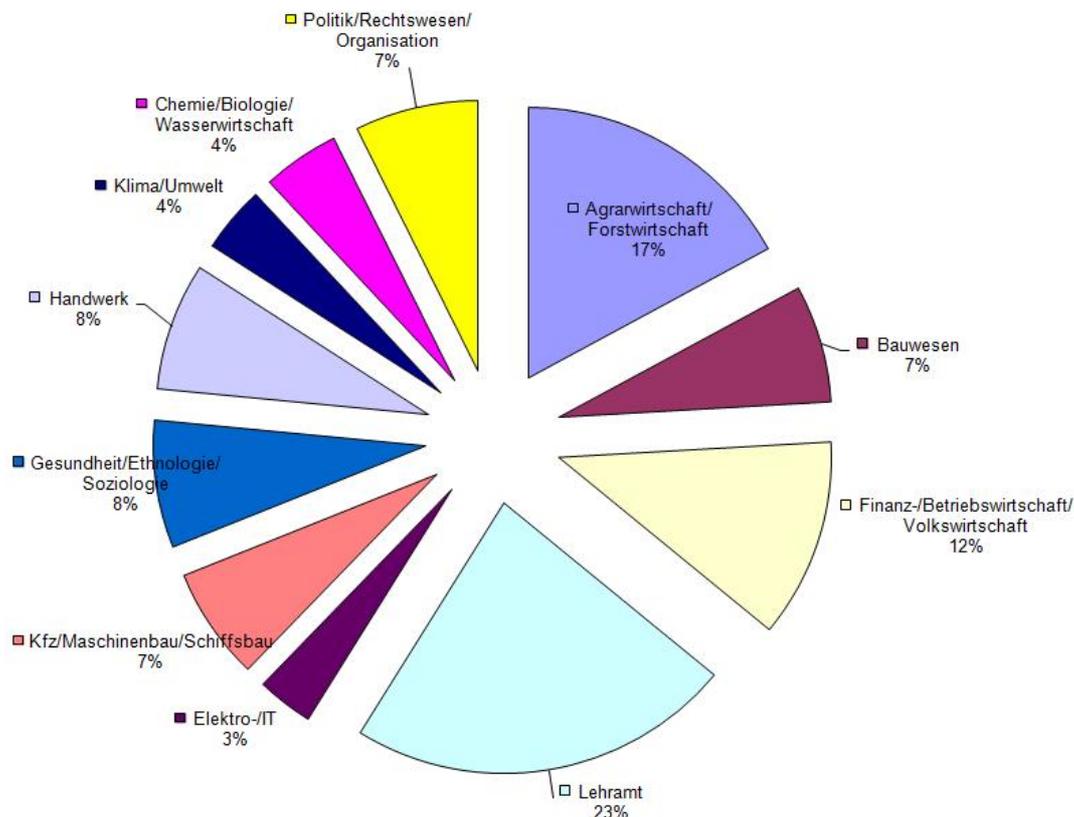
Die Welt der Entwicklungszusammenarbeit hat sich geändert.

- Unsere Mitglieder der ersten Stunde sprechen oft noch von Entwicklungshilfe. Der Begriff Entwicklungshilfe wurde aber durch den Begriff Entwicklungszusammenarbeit ersetzt. Für die Älteren enthält der Begriff Hilfe eine unabdingbare, uneigennützte, idealistische Komponente in ihrer Arbeit. Er steht im Widerspruch zum heute gängigen Begriff der Zusammenarbeit bzw. Kooperation, bei der zwar gemeinsame Ziele verfolgt werden, der Gewinn aus einer solchen Zusammenarbeit aber geteilt wird.
- Es erfolgte außerdem eine Untergliederung der Kooperationsländer nach Schwellen- und Ankerländern, nach dem Armutsindex und der Umweltrelevanz der Staaten.
- Waren früher bei der bilateralen Festlegung der Maßnahmen insb. Regierungsvertreter einbezogen, so sitzen heute in multilateralen Gremien neben Regierungsvertretern oft Repräsentanten der Wirtschaft, der Nichtregierungsorganisationen bzw. anderer gesellschaftlich relevanter Gruppen mit am Tisch.

- Insbesondere in Schwellen- und Ankerländern gibt es in der Zwischenzeit entsprechendes Know-how. Die hohe fachliche Kompetenz der Partner stellt ebenfalls hohe Anforderungen an die entsandten Mitarbeiter.
- Einige Schwellen- und Ankerländer stehen inzwischen auf der Seite der Geberländer.
- Klimaschutz und damit Umwelttechnologien, erneuerbare Energien und Energieeffizienz sind schon heute wesentliche Bestandteile einer Entwicklungszusammenarbeit und werden noch an Bedeutung gewinnen.
- Um die globalen Herausforderungen der Zukunft zu bewältigen, sind staaten- und kontinentübergreifende Anstrengungen erforderlich.

All dies bedeutet aber auch, dass sich mit den neuen Aufgaben und Anforderungen an die Mitarbeiter, die nach ihrer Rückkehr zu uns stoßen, die Zusammensetzung unserer Gemeinschaft ändert. Frische Erinnerungen und neue Denkweisen werden hereingebracht. An Neuausreisende werden hohe Anforderungen bezüglich Flexibilität und Lernbereitschaft gestellt, sofern sie in der Entwicklungszusammenarbeit bleiben möchten.

Die aktuelle Zusammensetzung unserer Mitglieder, nach fachlichem Können gegliedert, ist im nachfolgenden Schaubild wiedergegeben. Unser Kollege Hubert Fertig hat es entworfen.



Zum Wandel gehört auch die Überlegung, wie wir als GRG'ler unsere Erfahrungen besser zur Geltung bringen können. Die zunehmende Kritik an der Entwicklungszusammenarbeit beruht nicht darauf, dass Daten und theoretisches Wissen nicht vorhanden wären, aufgenommen und nicht in eine detaillierte, theoretische Planung eingehen würden. Vielmehr bezieht sie sich darauf, dass zu wenig Konsequenzen aus dem Vergangenen gezogen würden. Dem Begriff Erfahrung haftet wohl zu viel Unangenehmes an. Die meisten Erfahrungen, insbesondere die, die einen gebranntmarkt haben, hat man erlitten.

Datenbanken und theoretisches Wissen ersetzen aber in keinem Fall die durch Erfahrung gewonnene Souveränität im Handeln, die man durch gelebte Erfolge oder Misserfolge (oft in nicht vorhersehbaren

Situationen) gewonnen hat. Wir als GRG berufen uns auf unsere Erfahrungen mit dem Anspruch, sie in eine Urteilsfindung einzubeziehen und angemessen zu würdigen. Ich bin der Überzeugung, dass zum Beispiel unsere Seminare vielen, insbesondere jungen Kollegen, Denkanstöße geben können.

Wir sind im übrigen auf diesem Feld aktiv. Unser Frühjahrsseminar „Wissensmanagement in der Entwicklungszusammenarbeit“ vom 16. bis 18. Mai 2014 im Martin- Niemöller Haus in Arnoldshain soll dazu einen Beitrag leisten.

Ihr Ekkehard Fengler

Vereinsnachricht

GIZ und GRG

Gabriele Geißler: Neues aus der GIZ



„Neues aus der GIZ“ ist ein fester Tagesordnungspunkt bei den Seminaren der GRG. Auf dem Seminar im Frühjahr wurden die großen Entwicklungslinien der GIZ skizziert.

Die GIZ bekam mit der Fusion einen erweiterten Gesellschaftszweck. Sie darf jetzt auch in Deutschland und in Industrieländern ihre Dienstleistungen anbieten. Das bedeutet auch: Die GIZ ist mit der Fusion noch vielfältiger geworden. Darüber hinaus muss sie in ihren Prozessen wirtschaftlicher werden und wachsen, um die erwartete Fusionsrendite zu erwirtschaften – ohne Personalabbau. Sie muss sich zunehmend gegenüber internationaler Konkurrenz im Beratungsgeschäft behaupten. Die Vielfalt der GIZ und das Vordringen in neue Arbeitsbereiche stelle ich Ihnen gerne anhand einiger Beispiele vor. Dabei darf nicht der falsche Eindruck entstehen, dass wir uns mit diesen neuen Ansätzen von unserem Kerngeschäft gelöst hätten. Selbstverständlich sind wir weiter vornehmlich im Auftrag des BMZ, z.B. in den Feldern Wirtschafts- und Beschäftigungsförderung, Staat und Demokratie,

Bildung, Gesundheit, ländliche Entwicklung und Umwelt- und Ressourcenschutz, tätig. Dennoch verdeutlichen folgende neue Arbeitsbereiche unser erweitertes Spektrum.

GIZ goes West



Im Juni 2013 wurde ein GIZ-Büro in Charlotte, South Carolina, USA eröffnet. Mit der Registrierung in Nord- und Süd-Carolina kann sich die GIZ nun an Ausschreibungen beteiligen, Aufträge annehmen und Projekte umsetzen. Der Kern der Dienstleistungen liegt im Bereich Berufliche Bildung. In den USA

rückt die berufliche Bildung auf der Prioritätenskala immer weiter nach oben. Die Ausbildungsgänge sollen stärker an die Bedarfe der Privatwirtschaft angepasst werden. Dabei greift die GIZ auf den Erfahrungsschatz des dualen Ausbildungssystems Deutschlands sowie ihre langjährigen Erfahrungen in diesem Feld in der EZ zurück.

Um Charlotte sind ca. 200 deutsche Firmen präsent, die sehr froh sind, die GIZ nun in unmittelbarer Nähe zu haben.

Rolle der Privatwirtschaft in der Internationalen Zusammenarbeit

Die Bedeutung privater Unternehmen als Akteure der Internationalen Zusammenarbeit nimmt zu. Die Wirtschaft investiert, entwickelt Arbeitsmärkte und fördert zum Beispiel den Transfer von Technologien.

Um das Potential der *deutschen* Wirtschaft, z.B. im Rahmen von Public-Private-Partnerships, zu nutzen, berät die GIZ durch so genannte EZ-Scouts Handelskammern und Unternehmerverbände bzgl. verschiedener Ansätze und Fördermöglichkeiten.

Darüber hinaus wird die GIZ auch zunehmend durch die Privatwirtschaft, z.B. im Rahmen von deren Stiftungsarbeit, unter Vertrag genommen. Ein wichtiger Partner ist z.B. die Bill- und-Melinda-Gates Stiftung.

In drei Jahren sollen 20 Prozent aller Aufträge der GIZ einen Bezug zur Zusammenarbeit mit der Wirtschaft oder mit privaten Stiftungen haben.

Was Unternehmen und Fonds immer wieder bei uns nachfragen, sind Sozial- und Umweltverträglichkeitsprüfungen für große Investitionen in Entwicklungs- und Schwellenländern. In Bangladesch kooperieren wir beispielsweise bereits mit mehreren Unternehmen im Textilbereich.

Ein neues Thema: Migration

Ein weiteres neues Thema, in das die GIZ eingestiegen ist, ist das der Migration.

Um Wachstum und Wohlstand langfristig zu sichern, braucht Deutschland qualifizierte Zuwanderung. Das BMWi, das Bundesministerium für Arbeit und Soziales und die Agentur für Arbeit haben eine „Fachkräfte-Offensive“ gestartet. Neben der Ausschöpfung aller Inlandspotenziale hat die Offensive auch eine gezielte Fachkräftezuwanderung im Blick.

Die GIZ wurde in diesem Zusammenhang in Auftrag genommen, z.B. beteiligte sich die GIZ bei der Gestaltung des Willkommensportals:

www.make-it-in-germany.com

Darüber hinaus wurden zwei Pilotvorhaben in Indonesien und Vietnam auf die Schiene gesetzt, wo je zwei BeraterInnen pro Land den Prozess der Fachkräftegewinnung aktiv begleiten. Ein weiteres Pilotprojekt beinhaltet die Ausbildung von Arbeitskräften aus Vietnam zu Pflegefachkräften. Auch die Anwerbung von hochqualifizierten Ingenieuren aus Tunesien wird unterstützt.

Die Bundesregierung spricht in diesem Zusammenhang von Triple-Win-Effect: der Migrant profitiert durch einen Arbeitsplatz und die Möglichkeit des Lernens - Deutschland profitiert von der Fachkraft - und das Herkunftsland profitiert durch Remittances, Know-How-Transfer und eine Entlastung des inländischen Arbeitsmarktes. In der Tat verfolgen viele Länder wie z.B. Vietnam eine offensive Migrationspolitik. Dennoch müssen Rahmenbedingungen der Migration so gesetzt sein, dass die Länder profitieren und nicht Entwicklungsperspektiven der Länder durch einen „Brain Drain“ geschmälert werden.

Von Entwicklungsländern lernen

Zuletzt möchte ich Ihnen noch ein kleines Beispiel vorstellen, wie die GIZ vom Bundeskanzleramt in seine Aktivitäten eingebunden wird.

Die Bundeskanzlerin Angela Merkel hat einen so genannten **Zukunftsdialog über Deutschland** im Jahre 2011 gestartet.

[https://www.dialog-ueber-](https://www.dialog-ueber-deutschland.de/DE/00-)

[deutschland.de/DE/00-](https://www.dialog-ueber-deutschland.de/DE/00-)

[Homepage/homepage_node.html](https://www.dialog-ueber-deutschland.de/DE/00-Homepage/homepage_node.html)

Es geht um die Fragen: Wie wollen wir zusammen leben? Wovon wollen wir leben? Und wie wollen wir lernen? Mittlerweile wurde dieser Dialog auf die internationale Ebene gehoben. Eine Frage steht besonders im Mittelpunkt: Wie bemisst sich gesellschaftlicher Wohlstand? Ist unser Maßstab des Bruttosozialprodukts wirklich ein guter Indikator für Wohlstand? Anregungen für einen erweiterten Wohlstandsbegriff gibt z.B. der so genannte „Happyness-Index“, den das Königreich Buthan entwickelt hat.

<http://www.grossnationalhappiness.com/articles/>

Die GIZ war sowohl durch den Vorstand Herrn Beier direkt an den Diskussionen beteiligt. Er leitete die Arbeitsgruppe zum Thema „Deutschlandbild im Ausland“

[https://www.dialog-ueber-](https://www.dialog-ueber-deutschland.de/SharedDocs/Downloads/DE/giz-studie/giz-studie.pdf?__blob=publicationFile)

[deutschland.de/SharedDocs/Downloads/DE/giz-studie/giz-studie.pdf?__blob=publicationFile](https://www.dialog-ueber-deutschland.de/SharedDocs/Downloads/DE/giz-studie/giz-studie.pdf?__blob=publicationFile)

Zudem half AgenZ bei Konzeption, Planung und Umsetzung einer Pilot-Konferenz im Auftrag des Bundeskanzleramtes.

Veränderungen nach Innen

Die Veränderungen im Rahmen der Fusion bedeuten für die Mitarbeiter/innen große Herausforderungen. Sie müssen mitgenommen werden, ihre Ängste und Sorgen ernst genommen und ihre Meinungen einbezogen werden. Regelmäßige Mitarbeiterbefragungen, Feedback an Führungskräfte usw. sind wichtige Instrumente, die genau dies gewährleisten sollen.

Zudem wird Kommunikation über alle Ebenen immer wichtiger. Beispielsweise bietet der Vorstand neue Dialogformate für die Kommunikation mit den Mitarbeiter/innen an. Dazu gehören Open Spaces aber auch ein gemeinsames Mittagessen, zu dem jeweils ein Vorstandsmitglied einlädt. Darüber hinaus wird in der neuen Videoreihe „Aktuelles aus dem Vorstand“ im Anschluss an jede Sitzung über die Top-Themen, die das Gremium diskutiert hat, berichtet. Letztlich erfordert die Fusion aber nicht nur Wachstum, sondern auch Einsparungen durch Optimierung unserer Prozesse. Ein strategisches Projekt „Effizienz“ hat sich dies zur Aufgabe gemacht.

Neue Auftraggeber, neue Märkte, Kulturwandel - es tut sich viel in der GIZ .

Auch baulich verändert sich die GIZ: in Bonn wird ein neues GIZ-Haus gebaut, das Haus 5 in Eschborn steht kurz vor der Einweihung und die Akademie zieht in den nächsten Jahren von Bad Honnef nach Bonn in die bisherige Andreas-Hermes Akademie. Es bleibt spannend!

Bonner Fachmesse zur Arbeit von Fachkräften in Entwicklungsländern



Alle zwei Jahre veranstaltet der Arbeitskreis Lernen und Helfen in Übersee e.V. (AKLHÜ) in der Bonner Beethovenhalle eine Fachmesse zur personellen Entwicklungszusammenarbeit. In diesem November fand sie mit 1800 Besuchern ein besonders großes Echo. Die überwiegend jungen Gäste kamen aus ganz Deutschland, einige sogar aus dem europäischen Ausland, um sich über Arbeitsmöglichkeiten zu informieren.

61 Institutionen der Entwicklungszusammenarbeit präsentierten sich mit ihren Informationsständen. Neben den bekannten größeren entwicklungspolitischen Organisationen und Vereinen waren auch Universitäten und Stiftungen vertreten; aus dem Bereich der Consultingwirtschaft kamen dagegen nicht so viele Aussteller.

Die Besucher drängten sich vor den Ständen der Institutionen und nahmen auch rege teil an den Fachvorträgen und Diskussionsforen zum Arbeitsmarkt Entwicklungszusammenarbeit und zu Qualifizierungsmöglichkeiten in diesem Bereich. Die beruflichen Perspektiven als Entwicklungshelfer/in wurden ebenfalls zum Thema gemacht.

Der GRG-Stand war in der Halle zwischen der GIZ und dem SES gut aufgestellt. Die meisten Besucher kamen zufällig vorbei, nahmen jedoch unsere Gesprächsangebote gerne an. Es gab viele Fragen zur Zielgruppe und zum

Netzwerk unseres Vereins, so dass die Standbetreuer/innen den ganzen Tag intensiv Gelegenheit hatten, die GRG-Aktivitäten vorzustellen und für eine Mitgliedschaft zu werben. Eine häufige Reaktion der Gäste auf unsere Einführung war: "Ein Verein für Rückkehrer?"



Das ist nichts für mich. Ich bin noch keiner!" Dass auch junge Menschen bei uns willkommen sind und einen Nutzen von dem Verein haben können, musste immer wieder erklärt werden – ganz abgesehen davon, dass entwicklungspolitisch Interessierte bei uns richtig sind, insbesondere, wenn sie beruflich in diesem Bereich tätig sein wollen.

Die GRG will die Altersgruppe seiner Mitglieder verjüngen. Damit wir das irgendwann erreichen, ist es wichtig, Gelegenheiten wie die Fachmesse des AKLHÜ auch in Zukunft regelmäßig wahrzunehmen, Präsenz zu zeigen und für die GRG mit der breiten Offenheit des Vereins zu werben.

Der Austausch mit den jungen Interessierten endeten oft damit, dass sie nach der Website-Adresse des Vereins fragten. Sie wollten sich im Internet genauer nach den Seminaren und Angeboten des Vereins erkundigen. Das macht deutlich, dass die GRG um eine bestimmte, eigene Entwicklung nicht herumkommt, wenn sie die junge Generation ansprechen will: die Website des Vereins zu verbessern.



Frideborg Bammel

Unsere neuen Mitglieder

Johannes Paul ist promovierter Geologe u. Umweltingenieur mit langjähriger Berufserfahrung in Südostasien, Schwerpunkt Philippinen. Erste Erfahrungen in der EZ sammelte er mit dem DED im Zeitraum 2000-2004 als kommunaler Umwelt-



berater in der Stadt Bais auf der Insel Negros, Philippinen. Im Zeitraum 2005-2012 leitete er das GIZ-Abfallwirtschaftsprogramm im Unterauftrag der GIZ für die AHT Group AG, Essen, ein deutsches Consultingunternehmen.

Wesentliche Inhalte seiner Arbeit waren die Unterstützung des philippinischen Umweltministeriums bei der Erstellung einer Nationalen Abfallstrategie, die die Vorgaben der Nationalen Klimaschutzstrategie integriert. Die entsprechende mehrjährige Regierungsberatung wurde durch Erfahrungen von Modellvorhaben in 15 Kommunen unterstützt, wobei Aspekte wie lokale Abfallsatzungen, Refinanzierung von Abfallwirtschaftsinvestitionen, Abfallwirtschaftsplanung, Ausbildung von kommunalen und behördlichen Abfallbeauftragten, Verbesserung der Beteiligung des

Informellen Sektors und Einrichtung von Abfallwirtschaftszentren mit integrierter Deponie im Vordergrund standen. Die daraus resultierenden „guten Praktiken“ wurden dokumentiert und das gewonnene Wissen auf der Projektwebsite (www.swm4lgus.net) bereitgestellt, sowie auf Internationalen Fachkonferenzen und in wissenschaftlichen Publikationen verfügbar gemacht.

Weiterhin hat Dr. Johannes Paul an verschiedenen Universitäten als Gastdozent unterrichtet, wie zum Beispiel an der University of the Philippines, Foundation University, Silliman University, Local Government Academy und Central Philippine University (CPU). Dabei hat er dort auch die Aufnahme von eigenen Forschungsvorhaben im Abfallsektor angeregt und unterstützt. In der CPU wurde mit Unterstützung der GIZ ein Abfallwirtschafts-Studiengang für graduierte Studenten eingerichtet, ein Novum in den Philippinen. In der Zwischenzeit wurde dieser 1-jährige Studiengang bereits 2-mal angeboten, mit jeweils 25 Teilnehmern, ein wichtiger Beitrag, um dem ständigen Fachkräftemangel entgegenzuwirken und zukünftig eine verbesserte Professionalität im Sektor aufzubauen.

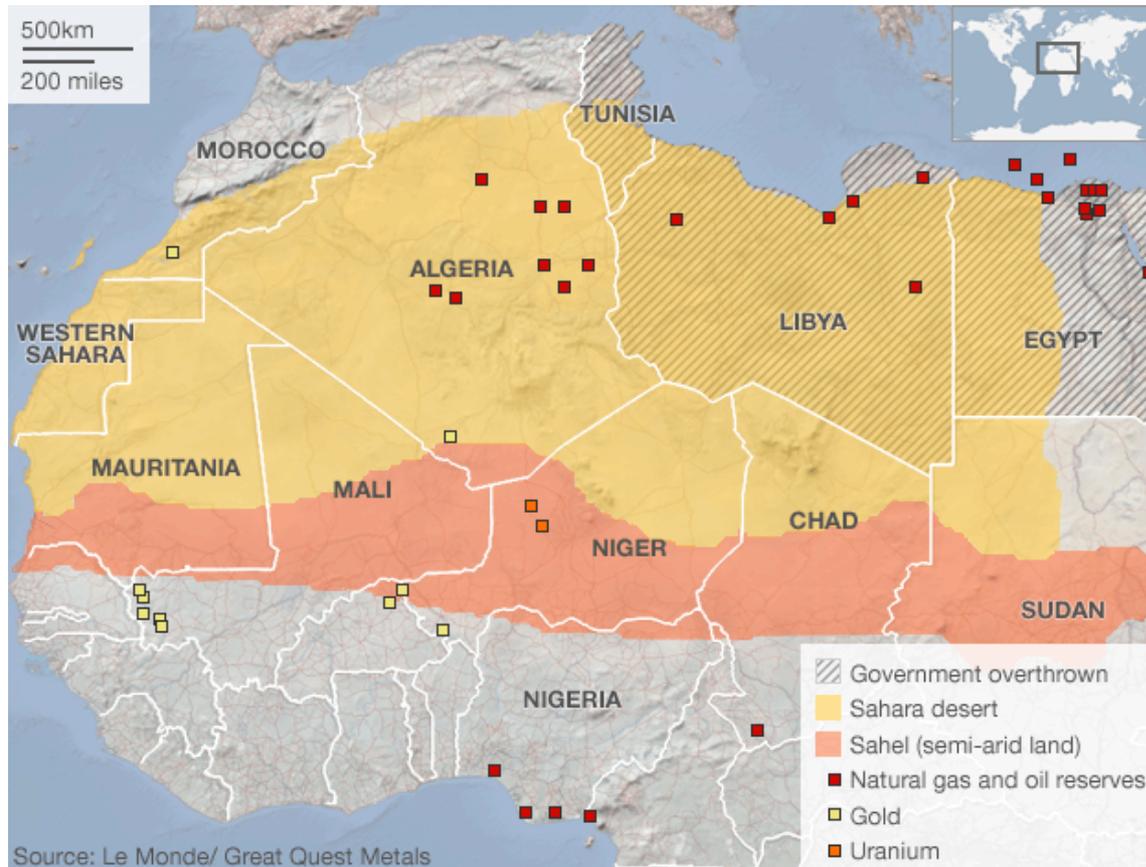
Weitere Neue :

Denise Wolter, Düsseldorf
 Marie Ann Paul, Potsdam
 Heike Vögler, Kalbach
 Heike Nischwitz, Berlin
 Leonie Schoelen, Aachen

Verstorben:

Gisela Mamier
 Prof. Dr. Hans Wagner

Seminar : Mali und die Region des Sahel



Einige Zahlen

Quelle : (<https://www.destatis.de/DE/ZahlenFakten/LaenderRegionen/Internationales/Land/Afrika/Mali.html>)

Landfläche	km ²	2011	1 220 190
BIP zu jeweiligen Preisen	Mrd. US\$	2012	10,3
BIP zu jeweiligen Preisen, je Einwohner	US\$	2012	631
Reale Veränderung des BIP	% zum Vorjahr	2012	-1,2
Inflation (Veränderung des VPI)	% zum Vorjahr	2012	5,3
Bruttowertschöpfung: Sektor Landwirtschaft	% des BIP	2009	38,86
Bruttowertschöpfung: Produzierendes Gewerbe	% des BIP	2009	20,96
Bruttowertschöpfung: Dienstleistungssektor	% des BIP	2009	39,79
Bevölkerung	1 000	2012	14 854
Bevölkerungsdichte	Personen je km ²	2011	11,8
Bevölkerung unter 15 Jahren	% der Gesamtbevölkerung	2012	47,1
Bevölkerung ab 65 Jahren	% der Gesamtbevölkerung	2012	2,8
Zusammengefasste Geburtenziffer	Geburten je Frau	2011	6,85
Lebenserwartung bei Geburt - Männer	Jahre	2011	54,3
Lebenserwartung bei Geburt - Frauen	Jahre	2011	54
Ärztendichte	je 10 000 Einw.	2008	0
Krankenhausbetten	je 10 000 Einw.	2010	1
Säuglingssterblichkeit	je 1 000 Lbg.	2011	98

Gabriele Geißler: Exzellente Fachkräfte für das frankophone Afrika - Herausforderungen und Lösungsansätze aus unserer Personalarbeit

GIZ, ein sehr attraktiver Arbeitgeber

Die GIZ bietet einen Arbeitsplatz im internationalen Kontext. Dies ist für Menschen, die zunehmend international zuhause sind, sehr interessant.

Zudem bietet die GIZ eine wertorientierte Arbeit. Wir setzen uns für nachhaltige Entwicklung ein, eine Orientierung, die Arbeitnehmer als sinnvoll einschätzen. Aktuelle Umfragen zeigen, dass die Sinnhaftigkeit der Tätigkeit in ihrer Bedeutung ansteigt. Es ist entscheidend, für welches Unternehmen man seine Kräfte einsetzt.

Die GIZ bemüht sich um die besten Fachkräfte auch durch eine gut balancierte Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Über 100 Arbeitszeitmodelle und eine starke Gleichstellungspolitik machen die GIZ attraktiv. Letztlich überzeugen aber die Bewerber / innen insbesondere die interessanten Aufgabenfelder und die Bandbreite an Entwicklungsmöglichkeiten

Welche Kompetenzen erwarten wir?

Unsere Ansprüche an die Bewerber/innen sind sehr spezifisch.

So vereinen unsere idealen Kandidat/innen neben Fachkompetenz (z.B. Klima und Umweltpolitik, Energie, Wirtschaft und Beschäftigung, Krisenprävention und Friedensentwicklung..) folgende Kompetenzen/ Erfahrungen:

- Kenntnisse der deutschen und internationalen Zusammenarbeit
- Einschlägige Erfahrung in der Politikberatung
- Fingerspitzengefühl in der Beratung anspruchsvoller Partner (z.B. Ministerien)
- Mediationsfähigkeit und Frustrationstoleranz in fremden Kulturkreis

- Managementkompetenz, Erfahrung im Projektmanagement
- Akquisekompetenz, Fähigkeit zum Netzwerken, zur Kooperation

Diese Anforderungen - verbunden mit unseren vielfältigen Standorten - macht die Suche nach geeigneten Kandidat/innen zu einer Herausforderung.

So sind z.B. Positionen in bestimmten Engpassektoren wie Klima, Wasser, Erneuerbare Energien schwer zu besetzen. Dabei geht es weniger um Nachwuchskräfte - die Studienlandschaft hat sich auf diese neuen Themen bereits gut eingestellt. Schwierig ist es, geeignete Personen für Positionen zu finden, die bereits mehrjährige Führungs- und Managementenerfahrung mitbringen.

Erschwert wird die Suche für frankophone und fragile Staaten. Sind zusätzlich die Lebensbedingungen in einem Land schwierig, beispielsweise die Sicherheitslage prekär, grenzt sich das Spektrum geeigneter und williger Kandidat/innen zusätzlich ein.

Die Attraktivität, im Ausland zu arbeiten, ist für unabhängige Menschen enorm. Sobald aber feste Partnerschaften und Kinder mitgedacht werden müssen, schränkt sich diese ein. Mitausreisende Partner haben ihre eigenen Ansprüche an Karriere und wünschen auch eine adäquate Beschäftigungsmöglichkeit im Ausland.

Wie reagiert die GIZ auf diese Herausforderungen?

Das interne Potential erkennen und fördern

Ein erster Schritt ist ein tiefes Wissen bestehender Potentiale im Haus wie auch zukünftiger Bedarfe. Ein Analyseinstrument

dafür ist die so genannte „Kompetenzbedarfsprognose“, die alle zwei Jahre im Haus durchgeführt wird.

In diesem Jahr haben wir auch eine quantitative und qualitative **Auswertung unserer Rekrutierungsprozesse** vorgelegt. Die systematische Auswertung, wie lange unsere Rekrutierungsprozesse benötigen, wie viele Bewerbungen wir auf welche Positionen erhalten u.ä. gibt uns ein belastbares Bild, wo unsere Engpässe liegen und in welche Richtung wir aktiv werden müssen.

Diese Analysen sind Grundlagen für Maßnahmen auf unserem internen Stellenmarkt: strategische Personalentwicklung mit Hospitationen, Fortbildungen, strategischen Schritten und Zielpositionen.

Erfolgreich am externen Arbeitsmarkt

Erschöpft sich das Potential auf dem internen Stellenmarkt, sucht die GIZ extern nach geeigneten Kandidat/innen. Personalressourcen-

manager/innen sind für die Stellenbesetzung verantwortlich und fachlich/sektoral aufgestellt; d.h. sie kennen die fachlichen Netzwerke, das interne Potential und die Anforderungen des Fachsektors. Die GIZ präsentiert sich auch auf Karrieremessen, in sozialen Netzwerken wie Facebook und Co (<https://www.facebook.com/gizprofile>) sowie in diversen Fachzeitschriften. Dabei hat sie ihren Außenauftritt vereinheitlicht und professionalisiert.

Aufgrund unserer attraktiven Arbeitsbedingungen, der interessanten Arbeitsgebiete und der Investitionen in das Employer Branding erreicht die GIZ seit einigen Jahren vordere Ränge bei einschlägigen Arbeitgeber-Rankings.

So erreichte die GIZ 2013 laut einer Umfrage des Marktforschungsinstituts trendence einen Platz unter den TOP 10 Arbeitgebern in Deutschland. 2012 belegte die GIZ noch den Rang 16.



Renate Krauß-Pötz:

Mali – fragile Staatlichkeit.

Die Verantwortung der Malier. Die Verantwortung der Geber

Bericht : Renate Krauß-Pötz

Redaktionelle Bearbeitung : Frideborg Bammel



Wird IBK, der neugewählte Präsident, Mali entwickeln, die Demokratie stärken?

Ausgangsthese:

Die malische Demokratie ist nicht gescheitert, sondern von vornherein auf unzureichenden Fundamenten errichtet.

Situation:

Die Frage der »Intervention ja oder nein/wie« war ein »Nebenkriegsschauplatz«. Den Blick auf die malische Gesellschaft gerichtet, fragt sich, wie es zum sog. Putsch kommen konnte, warum die Tuareg wieder zu den Waffen greifen und die malische Armee unfähig ist. Die Entscheidungen seit dem Putsch im März 2012 wurden vor allem im Ausland getroffen. Die Wahlbeteiligung in Mali ist auf 29% gesunken und bis heute kein „Runder Tisch“ eingerichtet. Die Wahlen im Juli konnten keine andere Gesellschaft hervorbringen. Und die deutsche Politik und Entwicklungszusammenarbeit haben über ein Jahrzehnt lang für richtig gehalten, das malische Regime als vorbildliche Demokratie hinzustellen.

Thesen zu den Hintergründen:

- Das europäische Demokratie-Verständnis ist ein Import und neu für die malische Bevölkerung
- Das Vertrauen in Staat, Demokratie, Parteien hat sich durch die Erfahrungen mit der allgemeinen Korruption der Regierenden verflüchtigt
- Die (auch von Deutschland unterstützte) Dezentralisierung ist nicht finanzierbar. Geld für Maßnahmen kommt nicht in den Kommunen an
- Das Volk hat die andere Seite der Demokratie, die seiner eigenen Verantwortung (zivilgesellschaftliche Kontrolle, Beteiligung, Einflussnahme, Opposition) kaum entwickelt. Analphabetismus und Traditionen sind dabei hinderlich
- Die kritische Intelligenz in Mali lehnt die eigene Verantwortung weitgehend ab, sucht Schuldige außerhalb (Kolonialismus, Geber, Weltbank, Kapitalismus) oder will ein

- Zurück zu den Traditionen. Sie verleugnet dabei die negativen Seiten der Traditionen (Hierarchisierung nach Alter und Geschlecht, Kastenwesen, Sklavenhaltung)
- Die Geber übernehmen ihre Verantwortung für die Korruption nicht, unterstützen damit den Vertrauensverlust in die Demokratie.

Konsequenzen für die EZ:

- Mehr öffentliche Debatte über notwendige Veränderungen in der EZ

- Beteiligung von Afrikanern an dieser Debatte in Deutschland
- Für jedes EZ Programm eine Qualitätsauflage „Anti-Korruption“
- Fremdevaluierung statt Selbstevaluierung
- Verbesserung des Dezentralisierungsprogramms in Mali: Bildungsoffensive „Citoyen“ für Erwachsene und Jugendliche
- Vollendung des Dezentralisierungsprogramms in Mali: Rückführung auf das, was finanzierbar und notwendig ist, Stärkung der Gemeinden, Rückbau der mittleren Staatsebenen

Godfried Koukoubou , M.Sc :



Verwaltungsaufbau und Verwaltungshandeln in Mali. Istzustand und Bedeutung für die wirtschaftliche und politische Lage

Bericht : Frideborg Bammel

1. Recht, Verwaltung und Macht in Mali

Das malische Recht beruht auf **drei Rechtsquellen**:

1. dem Traditionsrecht der verschiedenen Königreiche,
2. dem Kolonialrecht aus dem französischen "Code Civil", und
3. dem Recht nach der Unabhängigkeit Malis 1960.

Grundsatz der kolonialen Verwaltung war die **Assimilation**, d.h. alle Menschen galten als gleich. Die Überzeugung der Überlegenheit der europäischen Ordnung herrschte jedoch vor; die Zugehörigkeit der Kolonisierten zum Empire Français war fiktiv. 1946 ging man über zu einer

paternalistischen Kolonialpolitik der Union Française mit drei Hierarchiestufen.

Das postkoloniale Recht entstand zunächst aus der Übernahme der kolonialen Gesetzgebung, dann folgte eine Umwandlung in die nationale Gesetzgebung. Das traditionelle Bodenrecht mit Bedeutung für die Organisation von Kommunen gilt bis heute. Heute herrscht ein **dualistisches System**: ‚modernes‘ Recht mit Vorrangstellung gegenüber dem ‚traditionellen‘ Recht, mit einer erheblichen Distanz zwischen modernem Recht und dem Alltagsleben der Bevölkerung. Zudem steht das moderne Recht als **Recht der Völker** dem Gewohnheitsrecht als **Recht von Gemeinschaften** gegenüber.

Wichtigste Institutionen sind

1. Legislative: die Nationalversammlung (Parlament)
2. Exekutive: der Präsident der Republik (Staatschef, Truppenoberbefehlshaber, Ernennung des Premierministers + der Kabinettsvorsitzenden) sowie
3. Judikative: der Oberste Gerichtshof

Die Verwaltung des **zentralstaatlich organisierten Mali** ist auf vier Ebenen organisiert, von der der Zentralregierung über Regionalversammlungen und Kreisräten bis – seit 1999 - zur untersten Machtebene, den Gemeinderäten. Gemeinde- und Kreisräte werden alle 5 Jahre von den Wahlberechtigten gewählt.

Die meisten Verantwortlichen im Ministerium oder in den nationalen Direktionen sind keine Fachplaner sondern Politiker, die über Fachplaner der verschiedenen Abteilungen arbeiten. Bzgl. Landesverwaltung ist nur das Ministerium entscheidungsbefugt. Die Regionen, Landkreise und Gemeinden spielen nur eine Rolle bei der Umsetzung. Seit 1999 gibt es einen **Dezentralisierungsprozess** - de facto besitzen die Gemeinden wegen limitierter Ressourcen aber keine Entscheidungs- und Handlungskompetenz.

Eine **unabhängige Verwaltungskontrolle** existiert in afrikanischen Ländern praktisch nicht, das Selbstverständnis von Machthabern ist vielmehr letztinstanzlich. So ist auch der Unwille zur Umsetzung eines Dezentralisierungsprozesses zu erklären, der mit Verteilung von Macht einhergeht.

Für Betroffene werden Streitfälle einerseits durch das Verwaltungsgericht entschieden. Andererseits kennt sich die Mehrheit nicht mit dem Rechtssystem aus. Verfahren werden üblicherweise blockiert. Korruption schafft auch für Investitionen und die räumliche Planung ein gewaltiges Hemmnis.

2. Regelungen und Defizite in Verwaltungsverfahren der räumlichen Planung

In Abhängigkeit von der Höhe der Ausgaben für ein Projekt erlässt das Ministerium oder eine nationale Direktion die **Ausschreibung**. Das Parlament besitzt (theoretisch) die Budgethoheit, insbesondere bei Kosten ab einer bestimmten Höhe. Ein Komitee wählt gemäß Verwaltungsrecht für den Zuschlag das Beste aus den Angeboten. Angesichts der Korruption wird diesen Regeln allerdings wenig Bedeutung beigemessen.

Infrastrukturgroßprojekte sind quasi immer internationale Kooperationsprojekte mit finanzieller Unterstützung externer Partner. Ein **Regierungsabkommen** legt die Höhe der finanziellen Anteile der Partner fest. Die Summe, die Mali vom jeweiligen Geber erhält, hängt von der Höhe der veranschlagten Kosten ab; die Kalkulationen basieren deshalb meist auf höheren als den üblichen Marktpreisen. Defizite im Verwaltungsaufbau und der **Mangel an Kontroll- und Prüforganen** begünstigen die Korruption. Ein weiterer Mangel im Verwaltungsaufbau besteht im **Fehlen eines Gerichtsstandes** für die Beilegung von Streitigkeiten in der Raumplanung.

3. Nationale und regionale Programme in Mali

Auf sub-regionaler Ebene existiert das **Regionale Wirtschaftsprogramm** (PER) der Westafrikanischen Wirtschafts- und Währungsunion (UEMOA), sowie das OMVS (Staudämme). Auf nationaler Ebene liegen neben einem **strategischen Leitfaden** für Wachstum und zur Armutsbekämpfung (CSCR) **sektorale Programme** der Ministerien vor. Auf regionaler Ebene ist ein - an das nationale Programm angepasstes - **Entwicklungsprogramm** (**PDR**) vorhanden. Nationale Pläne und Programme werden von den Regionen und Gemeinden weitergeleitet, die ihre Programme nur

denen der nationalen Ebene anpassen können. Pläne entsprechen in erster Linie **externen** Impulsen, sind daher Anpassungsmaßnahmen an die Wünsche der Geberstaaten und die Übertragung eines (mitteleuropäischen) Steuerungsinstruments auf Mali - mit wenig Wirksamkeit. Vorrangig werden Maßnahmen umgesetzt, die politisch gewollt / persönl. Prioritäten von Politikern sind.

4. Vorschläge zur Verbesserung der politischen + wirtschaftlichen Lage Malis

1. **Demokratie** und stabile politische Lage:

- 1.1. Aufwachen des Volkes und Verantwortungsübernahme,
- 1.2. Stärkere Institutionen,
- 1.3. Soziale Gerechtigkeit,
- 1.4. Berücksichtigung der Observanz im Verwaltungsrecht,
- 1.5. effiziente Dezentralisierung.

2. Bessere **Zusammenarbeit zwischen Wissenschaftlern und der staatlichen Verwaltung**, Umsetzung von Forschungsergebnissen und Innova-

tionen; Vertrauen in junge Fachkräfte und Beseitigung der Hyperpolitisierung

3. Bessere **Handelspolitik zwischen afrikanischen Ländern** vor allem zwischen Ländern der UEMOA und eine Ländliche Entwicklung.

5. Fazit und Anregung zur Diskussion

In Mali gibt es Probleme in allen drei Teilen des Staates: Staatsgebiet, Staatsvolk und Staatsgewalt.

Es gibt Divergenzen in der **Organisation der öffentlichen Verwaltung** (traditionelle und moderne Gesellschaftsformen), die sich durchdringen. Und es sind Gegensätze vorhanden im Verständnis der traditionellen und der staatlichen (modernen) Gesellschaft von öffentlichem Handeln.

In welche Form muss das aktuelle Handeln in Recht und Verwaltung gebracht werden? **Nebeneinander oder Kombination** von Code Civil und traditioneller Rechtsprechung und Verwaltung?

Angelika Frei-Oldenburg

Fragile Kultur – Erfahrungen aus dem Weltkultur- und Naturerbe Dogon-Land in Mali

Bericht : Renate Krauß-Pötz

Redaktionelle Bearbeitung : Frideborg Bammel

Das UNESCO Weltkultur- und Naturerbe Dogonland in Mali - Mission Culturelle de Bandiagara, unterstützt durch die GIZ: Schutz und Erhalt des Dogonlands



Foto : Angelika Frei-Oldenburg

Das Dogonland ist aufgrund seines reichen materiellen wie immateriellen Kulturgutes 1989 von der UNESCO als Weltkultur- und Naturerbe ausgezeichnet worden. Das vielfältige architektonische Erbe, die Tradition und Kultur werden von der Bevölkerung weitgehend erhalten und gelebt. Kulturelle Vielfalt und die faszinierende Landschaft haben in den letzten Jahren verstärkt Touristen angezogen, so dass sich der Tourismus neben der Landwirtschaft zu einem wichtigen Wirtschaftsfaktor entwickelt hat.

2011 eröffnete das Museum Quai Branly in Paris eine Ausstellung mit etwa 300 Kunstobjekten aus dem Dogonland, die im gleichen Jahr in die Bonner Bundeskunsthalle wanderte. Dort wurden in einem Begleitprogramm auch Projekte der malischen Partnerorganisation der GIZ, der Mission Culturelle de Bandiagara (MCB), gezeigt.

Das malische Kulturministerium hat 1993 die Mission Culturelle de Bandiagara (MCB) eingerichtet, um das UNESCO-Weltkultur- und Naturerbe zu erhalten, d.h. Kulturstätten und kulturelle Objekte zu inventarisieren und dokumentieren, den Verkauf wichtiger Kulturgüter zu verhindern und die Bevölkerung für die Bedeutung dieses Erbes zu sensibilisieren.

Die Aktivitäten der MCB sind eingebettet in eine entwicklungspolitische Gesamtstrategie. Die Landwirtschaft wird durch nationale und internationale Organisationen unterstützt. Mithilfe der deutschen internationalen Zusammenarbeit wurden Kleinstaudämme gebaut. Die so verbesserte Bewässerung hat die Anbauflächen erweitert, ihre Bewirtschaftung intensiviert und die Region wirtschaftlich erheblich belebt. Der Bau von Überland- und Zugangsstraßen in entlegene Regionen und Dörfer hat den Zugang zu Märkten ermöglicht.



Foto : Angelika Frei-Oldenburg

Die GIZ berät die Mission Culturelle de Bandiagara bei der Verbesserung der Organisation sowie in der Projektarbeit. Bezuschussung befördert den Ausbau der MCB zu einer leistungsfähigeren Referenzstruktur, auch im Hinblick auf die Akquise weiterer Projektmittel. Die MCB arbeitet bereits in Mischfinanzierungen mit Partnern wie UNESCO, Care Deutschland, Auswärtiges Amt, EU oder dem World Monument Fund. Unterstützt wird insbesondere bei den Investitionskosten. Auch bei Sensibilisierungsmaßnahmen setzt die MCB auf Kooperation. Die staatliche

spanische Entwicklungsorganisation hat mehrere Workshop-Reihen finanziert.

Trotz des reichen Kulturerbes und vieler unterstützender Maßnahmen zur Stärkung der Region kämpft das Dogonland mit Landflucht, einer beständig von Dürren und vielfältigen Unbilden bedrohten Landwirtschaft und dem Ausverkauf seiner Kultur durch den Verkauf alter Objekte aus Familienbesitz an internationale Kunsthändler. Die Dogonkultur droht zu zerfallen.

Der Film „Das Land der Dogon – eine Welt in Gefahr“ greift diese Thematik auf und zeigt in eindrucksvollen Bildern das Dilemma einer bedeutenden Kultur, die sich zwischen Anpassung an die Moderne und Wahrung einzigartiger Traditionen bewegt. Die Dokumentation endet mit der Inthronisation des wahrscheinlich letzten Oberpriesters der Dogon. Denn wer aus der jungen Generation möchte für den ausbleibenden Regen und eine unzureichende Ernte verantwortlich sein?

Link: <http://www.giz.de/Themen/de/36487.htm>



Foto : Angelika Frei-Oldenburg

Eloi Traoré:

Die Krise in Mali und der internationale Terrorismus. Die Ursachen der aktuellen Lage und die Akteure.

Politische Optionen und neue Konstellationen.

Bearbeitung: F. Bammel

Das Hervorstechendste in der Gegenüberstellung der Länder Mali und Deutschland ist wohl, dass es im bevölkerungsarmen Mali fast ausschließlich eine Religion gibt (95 % der Bevölkerung ist islamisch) – jedoch über 100 Parteien (davon 14 im Parlament). Außerdem liegt die Analphabetenrate in Mali bei ca. 70 %; und mehr als die Hälfte der Bevölkerung leidet unter extremer Armut.

Die Ursachen des/r Konflikts/e in Mali sind sowohl historisch als auch politisch zu sehen.

Obwohl die Sahel-Region seit langem unterschiedlichste Völker beheimatet (Songhai, Bella, Mauren, Araber, Bambara, Peul, Dogon u.a.), belegen die wiederkehrenden Aufstände der Tuareg lange schwelende, geostrategische Konflikte, insbesondere in den Regionen Nordmali, Nordniger und Algerien. Forschungen zufolge hat es in der Geschichte Malis bis 1964 kein vereinigtes, allgemein anerkanntes oder als „azawadisch“ zu bezeichnendes Territorium gegeben. Trotzdem besteht heute die Forderung der Separatisten der MNLA nach einem Staat *Azawad*. Der Tuareg-Aufstand im Jahr 2012 im Norden und der Militärputsch im Süden führten zur faktischen Teilung des Landes. Diese Konflikte gingen mit Kriegsverbrechen einher und riefen eine humanitäre Krise hervor, in deren Verlauf bis 2013 550.000 Menschen auf der Flucht in die Nachbarländer sind.



Eloi Traoré bezeichnet Mali nur in Anführungszeichen als Musterdemokratie. Er führt fünf Gründe für die mangelnde Verankerung der Demokratie in Mali auf:

1. Schwache Wahlbeteiligung,
2. hohe Korruption,
3. schwache politische Klasse,
4. schwache Armee und
5. niedriger Alphabetisierungsgrad.



Der Referent charakterisiert die Gruppen in Mali mit –ismen wie Islamismus, Jihadismus, Terrorismus, Extremismus und Separatismus. Die Akteure des Konflikts sind überwiegend islamisch, aber verfolgen unterschiedliche Ziele und Interessen. Obwohl vordergründig wenig gemein, agierten sie trotzdem in einer „dubiosen Allianz“. In erster Linie sind das

- MNLA: regionale Separatisten, die einen Staat Azawaad fordern;
- ANSAR DINE: ethnienübergreifende Islamisten, die einen rein islamischen Staat wollen;
- AQMI: verfolgen die Ideologie des Djihads, Terror als Mittel der Kriegsführung;
- MUJAO: bewaffnete Armee; verfolgen den Jihad in ganz Westafrika; Drogen + Waffenhandel; sowie ANSAR CHARIA, BOKO und HARAM.

Die Zentralregierung in Bamako ist schwach und handelt sich von Vereinbarung zu Vereinbarung. Im Juni 2013 startete sie neue Verhandlungen mit den Tuareg. Traoré sieht aber zurzeit trotz dieser Verhandlungen und trotz des Militäreinsatzes der westlichen Mächte wenig Chancen auf einen Frieden - vor allem, weil die Partizipation der Bevölkerung nicht vorhanden ist und nicht einbezogen wird.

Traoré fordert, dass die Entscheidungsträger der Republik Mali im Dialog zu konkreten Lösungen kommen sollen, statt weiter dem Verlauf der Ereignisse zuzusehen. Das spezielle „Ministère de la Réconciliation et du développement des régions du Nord“ habe die Aufgabe, das Land zu vereinen. Politische Verhandlungen sollen ein gegenseitiges Vertrauen herstellen. Konkret könnten hier folgende Instrumente umgesetzt werden:

- Nach der Konferenz auf nationaler Ebene müssen weitere Treffen mit Vertretern aller sozialen Schichten des Landes im Norden stattfinden, mit den Schwerpunkten Bildung, Dezentralisierung, Wasserversorgung, Pressefreiheit.
- Es sollen schnellstmöglich «Generalstände der nachhaltigen Entwicklung» bzw. eine Nationale Versammlung über den Norden gebildet werden.
- Die Parteien sollen sich genauso wie die malische Zivilgesellschaft auf die Grundprinzipien und Werte der Republik zurückbesinnen: Ein Volk, ein Ziel, ein Glaube.
- Ermittlung gegen Verbrechen, Herstellung von Gerechtigkeit für Opfer und ihre Angehörigen.
- Die Verantwortlichen vor Ort, die internationale Gemeinschaft und die NGO's müssen sich ihrer Aufgaben in dieser Krise bewusst werden und über die Wahrung der eigenen Interessen hinausblicken. Die Probleme werden nicht allein mit finanzieller Hilfe geregelt. Solche Hilfe kann, wenn die lokale Bevölkerung nicht einbezogen wird, im Wüstensand verschwinden.
- Um den Frieden zu erreichen, hat jedoch die Sicherheit in Mali Priorität: wenn es in Nordmali (insbesondere in Kidal) keine Sicherheit gibt und die Abkommen nicht respektiert werden, gibt es keine Verhandlungen und keine Entwicklung.



Rezension zu GRG – Herbstseminar „Mali und die Region des Sahel“

Dr. Gerhard Metschies

Von der Fiktion zur Realität?

Überrascht, beinahe überrumpelt, kamen wir uns schon vor, als wir am ersten Tag des GRG-Herbst-Seminars den **Eröffnungsvortrag „Neues aus der GIZ“** von Frau Gabriele Geißler hören wollten. Denn überrascht fühlten wir uns, weil wir von der Referentin – an Stelle der erwarteten Aufklärung - mit einer Reihe von Gegenfragen konfrontiert wurden:

- Wie beurteilen Sie die Entwicklungen in der GIZ?
- Welche Ratschläge hätten Sie zu geben?
- Was erwarten und was interessiert Sie von und an der GIZ? und schließlich:
- Wie wollen wir im Jahre 2013 leben und wie gesehen werden in den Augen der Welt?

Natürlich waren die Antworten nicht repräsentativ, doch ohne Widerspruch wurde bemerkt, dass die GIZ offenbar einen Expansions-Kurs verfolge, der sie so vielseitig und flexibel mache, dass es schwerverständlich geworden sei zu verstehen wohin die Reise eigentlich geht. Wird die GIZ, wie einer der vier anwesenden Afrikaner meinte, ein unübersichtlicher Großkonzern, der, wie seinerzeit bei der Eingliederung der DDR in die Bundesrepublik, wenig Spielraum für individuelle Ansätze lässt?

Die Referentin belegte mit dem Abkommen zwischen der GIZ und der Bill-Gates-Stiftung, dass die GIZ im umfangreichen Portfolio der Dienstleistungen im gemeinnützigen Bereich, mit gemeinnützigen Entwicklungszielen in Reinkultur, weiterhin einen wichtigen Platz einnehmen.

Aber reicht das? Wird nicht amtlicherseits – mit entwicklungspolitischem BMZ-Siegel - eine starke Ausrichtung auf Wirtschaftsförderung und auf die Privatwirtschaft beabsichtigt? Wird nicht die

GIZ durch die Fusion mit DED und InWEnt immer mehr zu einem Monopolunternehmen, das die deutsche Consultingwirtschaft kaum noch einschaltet, besonders, wenn die Hürde z.B. bei PPP-Projekten auf einen Jahresumsatz von 1 Mio. € zu hoch angesetzt wird? Bleibt der kleinen und mittelständischen Consultingwirtschaft tatsächlich nur noch die Rolle eines zweitrangigen Sub-Unternehmers?

Und hat der DED-Helfer nicht erst recht keine Zukunft mehr? Was ist von seinem früher selbstbestimmten Ansatz eines persönlichen Idealismus heute noch geblieben (wenn man einmal davon absieht, dass nur wenigen der Aufstieg zum Regierungsberater gelingt)?

Werden nicht auch hier alle Idealisten von der Wirklichkeit überholt? Müssen nicht alle DED-ler nach ihrer maximal fünfjährigen „Auszeit“ wieder in ihren angestammten Beruf zurück? ¹

Vieles hat sich geändert. Statt von Idealismus wie früher spricht man heute lieber von einer „Werte-Orientierung“.

Das **zweite Referat aus der Personalarbeit der GIZ** knüpfte an diese Problematik an: Bei tendenziell sinkenden Auslandsgehältern werde eine Auslandstätigkeit vom Aspekt Gesamt-Familieneinkommen vor allem deswegen unattraktiv, wenn die mitreisende Ehefrau im Ausland keine adäquate Arbeitsstelle mehr findet. Da helfe es wenig, wenn es heute mehr als früher junge Leute mit

¹ Dass von 635 externen Einstellungen des Jahres 2011 übrigens 633 befristet waren und damit nur 2 unbefristet und im Jahre 2012 von 707 externen Einstellungen 706 befristet und eine unbefristet und ein Eingehen auf die damit verbundene Problematik, welche innerhalb der giz diskutiert wird und auch für das Rückkehrerforum nicht uninteressant gewesen wäre, vermisste man in der Darstellung. (Zahlen aus Bundestagsdrucksache 17/14674)

qualitativ hochwertigen Lebensläufen (einschließlich Auslandspraktika etc.) gäbe, und die GIZ allgemein als vorbildlich in der internen Praktikantenbehandlung und als Top-Arbeitgeber angesehen werde. Langfristig hege man aber die Hoffnung, dass sich ein neuer Trend durchsetze, der besage, dass wichtiger als das reine Gehalt eine Sinn-Orientierung der Arbeit sei.

Am zweiten Tag des Seminars ging es dann um das eigentliche Thema: „**Mali und die Region des Sahel**“.

Das Seminarthema war im Frühjahr gewählt worden, als ein möglicher Einsatz der Bundeswehr bei der Terroristen- Bekämpfung und auch bei der Verhinderung einer islamistischen Neustaaten-Bildung in Mali zur Diskussion stand. Inzwischen aber scheint der schnelle Sieg der französischen Streitkräfte die Situation vor Ort entspannt zu haben

Was ändert sich im Sahel ? - Burkina Faso nach 40 Jahren



Gesamt- Bevölkerung 1970 Burkina: 4,5 Mio., aber 2012: 17,0 Mio., d.h. 3,5 Fache. Stadtbevölkerung Bobo-Dioulasso hatte 70 000 im J. 1970, aber 490 000 (2012); Ouagadougou hatte 200 000 im J. 1970, aber 1,4 Mio.(2012), d.h. das 7-Fache. [Weltalmanach 2013]

Eine facettenreiche Darstellung in die Situation des Sahel gab der Einführungs-**Vortrag „Was ändert sich im Sahel? – Burkina Faso nach 40 Jahren“**.

Der Referent Dr. Metschies stellte anhand von 36 thematisch ausgewählten Bildern seine Eindrücke aus einem zweijährigen Aufenthalt in dem unmittelbar benachbarten Sahel-Staat in den Jahren 1968-70 denjenigen aus den Jahren 2010-2011 gegenüber. Geändert habe sich in den vergangenen 40 Jahren vor allem der Bevölkerungsdruck, der die Bevölkerung des Gesamtstaates um das 3,5-fache (von 4,5 auf 16 Millionen) und die Einwohnerzahl der Städte auf das 7-fache (mit der Hauptstadt Ouagadougou auf jetzt 1,4 Mio.) anwachsen ließ. Im Positiven verändert habe sich – überraschenderweise - das Klima und vor allem die international erfolgreiche Ausrottung der Tsetse- Fliege mit der Übertragung von Schlafkrankheit und Fußblindheit, die das Agrarpotential des Landes beachtlich vergrößerten. Inzwischen wächst das Schulwesen (auch das private), obwohl die

Analphabetenrate bei über 70% liege und die Weltbank neue Universitäten plane. Der Übergang von Fahrrädern auf Mopeds als allgemeines Verkehrsmittel in der Hauptstadt und die umfassende Verbreitung von Handys und DVDs zeigen das technische Zeitalter an. Gleichgeblieben sei jedoch die internationale Position der Sahelstaaten, deren UNO-Index der menschlichen Entwicklung (HDI) nach wie vor am Ende der Weltkala (vergleichbar mit Afghanistan und Äthiopien) zwischen dem 170. und 180. Platz liege. Auch die Zoll- und Straßenkontrollen, der Schmuggel samt Korruption sowie die Wald-Abholzung habe sich nicht geändert; vor allem aber sei in den letzten 50 Jahren seit der Unabhängigkeit die Finanzierung fast der gesamten Infrastruktur und oft auch deren Unterhaltung durch ausländische Geber (vor allem EU, WB, AfDB) gleich geblieben.

Zukunftsweisende Tendenzen sah der Referent in Burkina Faso bei der Niederschlagung einer Soldaten-Meuterei im Februar 2010 und der wachsenden Bedeutung der Zivilgesellschaft als Stütze der Regierung. Beeindruckend waren Bilder vom Friedhof in Ouagadougou, wo Moslems neben Christen begraben werden und ein friedliches Nebeneinander der

Über **„Fragile Staatlichkeit und Demokratie in Mali – Verantwortung der Malier und der Geber“** sprach anschließend Renate Krauß-Pötz und berichtete aus dem Alltag des Landes, vor allem aus dem Schulsektor. Ein besonderes Problem sei die fehlende Schriftlichkeit der Regionalsprachen, in denen die ersten Schuljahre unterrichtet würden. Das Französische beginne erst ab dem 5. Schuljahr. Was aber die parallel existierenden Koranschulen angehe, so seien die arabischen Lesekenntnisse in aller Regel vergebliche Liebesmüh, da sie nicht weiterführten in die moderne Welt. Außerdem sei die Schulgeldpflicht der staatlichen Schulen ein großes Hindernis und es sei eigentlich nicht zu verstehen, dass die Budgethilfen der Geberländer nicht in eine Schulgeldfreiheit umgesetzt würden. Natürlich sei die Korruption weit verbreitet und ein Abitur könne man für etwa 250 € kaufen, während ein Magister in Soziologie etwa 350 € koste.

Den Nachmittag des ersten Seminartages begann dann Godfried Koukoubou vom Karlsruhe Institute of Technology. Er sprach über **„Verwaltungsaufbau und Verwaltungshandeln in Mali – Istzustand und Bedeutung für die wirtschaftliche und politische Lage“**. Herr Koukoubou ist Agrarwissenschaftler aus Benin, der sich in Karlsruhe mit dem Naturressourcen-Management befasst. Dabei verlangen die gesellschaftlichen Ansprüche an den Raum in Mali aber eine besondere Berücksichtigung lokaler Rechtsvorstellungen.

Besonders im Bodenrecht kollidieren lokales Bodenrecht, das in der Regel ein lokales Gemein-Eigentum kennt, mit den „modernen“

Religionen durchaus möglich scheint. Insbesondere sei – angesichts der verschiedenen-sprachigen ca. sechzehn Völkerschaften im Staate Burkina Faso - die französische Amtssprache als Leitkultur allgemein anerkannt und von Frankreich erfolgreich und nachhaltig gefördert.

Grundlegend für die Gesellschaftsentwicklung aber sei ein Politikverständnis, bei dem es leider nur um Personen, aber so gut wie nie um die Sache gehe und daher Politik in aller Regel als Mittel verstanden werde, an irgendwelche Pfründe zu gelangen.

Hinderlich für die Einführung von Demokratie in Mali sei daher nicht nur die geringe allgemeine Wahlbeteiligung (von z. B. 29%), sondern vor allem die fehlende Voraussetzung von praktischer Verantwortlichkeit. Denn traditionellerweise kenne die noch immer vorherrschende einheimische Stammes-Gesellschaft nur die Kollektivverantwortung und nicht die – in Europa tradierte - individuelle Einzelverantwortung. So seien auch Vorurteile zwischen den einzelnen Stämmen verbreitet und insbesondere die Tuareg seien in Mali als „Rassisten“ verrufen, weil sie sich wegen ihrer Hellerhäutigkeit als etwas Überlegenes ansähen.

Vorstellungen von einem individualisierten Eigentumsrecht, wie es in einem Grundbuch kodifiziert sein kann. Streitigkeiten über Landbesitz sind daher weit verbreitet und die Schlichtungsverhandlungen immer sehr zeitraubend und unbefriedigend für beide Seiten. Denn zwei Rechtssysteme existieren nebeneinander, wobei mit dem islamischen Recht noch ein weiterer Faktor hinzukomme. Daher sei gerade im Bodenrecht eine wertorientierte Entwicklungs-Zusammenarbeit sehr zu begrüßen.

In der an den kenntnisreichen Vortrag anschließenden Diskussion wurde allerdings vor einer europäischen Romantisierung des traditionellen Rechts gewarnt, denn

Etwas Besonderes boten Vortrag und Filmvorführung von Angelika Frei-Oldenburg über **„Fragile Kultur –Erfahrungen aus dem Weltkultur- und Naturerbe Dogon-Land“**.

Referentin führte uns in eine Mittelgebirgs-Region an der Grenze Malis zu Burkina Faso und auch in die Nähe des kürzlich proklamierten Rebellenstaates „Azawad“. Denn im Dogon-Land sind traditionelle Lebensformen und Architektur verbunden mit animistischen Opferbräuchen und Maskentänzen noch lebendig.

Die UNESCO hat dieses Gebiet bei Bandiagara in Mali, das schon immer ein besonderer touristischer Anziehungspunkt war, zum Weltkulturerbe erklärt, das mittels Vorführung eines „arte“- Fernsehfilms auch allgemeine Anerkennung fand. Besonders beeindruckte der Handlungsverlauf des Films, in dem die einheimischen Bewohner die

Rechtssicherheit in Schriftform habe sich ja auch in Europa als wesentliche Entwicklungsstufe erwiesen.

Hauptrolle spielten, sowohl bei der Bergung und Verwendung alter Holz-Masken, der Diskussion ihres Geldwertes als auch bei der Vorführung alter Opfer-Rituale und Tänze, die ja auch vom herrschenden Islam eigentlich als überholt angesehen werden. Es gelang aber dem Aufnahmeteam des Films, in dem die Referentin mitwirkte, die Einheimischen zu einer wirklich filmreifen Vorführung zu veranlassen, die den Zuschauer Stolz und Begeisterung der Akteure gleichsam hautnah miterleben ließ. Wenn die Weiterverwendung dieses Films wohl in erster Linie den Bedürfnissen der Tourismusindustrie dienen wird, so war doch unverkennbar, dass die Nachhaltigkeit erfolgreicher Projekte wohl nicht nur in finanziellen Anreizen, sondern vor allem in dem erzielten Stolz aller Beteiligten liegen mag.

Der dritte Tag des Seminars begann mit dem Vortrag von Eloi Traoré/ M. A. des öffentlichen Rechts aus Gießen über **„Die Krise in Mali und der internationale Terrorismus“**. Der Referent, der sich selbst zur CME- Gruppe zählte, dem Comité des Maliens à l’Etranger en Allemagne, führte aus, dass man die politische Entwicklung in Mali zwar oft als eine Gratwanderung zwischen Djihadismus und Neo-Kolonialismus sehe. Doch werde dabei der stammes-politische Aspekt meist unterschätzt. Denn die Gründung des Azawad –Touareg- Staates durch libysche Söldner müsse auch vor dem Hintergrund verstanden werden, dass schon der libysche Staatschef Gaddafi eine Touareg- Mutter gehabt habe. Der Name Azawad selbst entstamme der Touareg- Sprache, was soviel wie „Große Schüssel“ heiße, d.h. eine

Sammlung aller Tuareg-Völker im Sahel zum Ziele habe. Im Übrigen seien die Aufstände der Tuareg, die nicht von Schwarzen regiert werden wollen, nichts Neues, sondern hätten eine Vorgeschichte in den Aufständen der Jahre 1963, 1990, 2006 und jetzt 2012. Das Problem bestehe fort, warnte der Referent, und eine Integration der Tuareg in den Staat sei bisher nur im Niger gelungen.



Den Abschluss des Seminars bildete eine **Podiumsdiskussion**, zu der alle Referenten (und auch der langjährige Regierungsberater in Mali, Manfred Urschel) aufs Podium geladen wurden. Es ging um eine Zusammenfassung der Seminarergebnisse, die durch gezielte Fragen des Moderators, Herrn Fengler, begonnen wurden. Dabei wurde als wesentliches und positives Merkmal des Seminars die Beteiligung der afrikanischen Referenten hervorgehoben; denn so habe man nicht, wie üblich, *über* Afrika, sondern *mit* Afrika gesprochen. Die in den Referaten vorgestellten Tatsachen und Aspekte wurden nicht infrage gestellt; jedoch erwies sich eine zusammenfassende Übersicht als schwierig. Einig war man sich zunächst darin, dass die direkte Einführung der westlichen Demokratie nicht unbedingt das Allheilmittel sei, zumal es schon unter den Europäern (wie z.B. Deutschen und Franzosen) unterschiedliche Auffassungen und Herangehensweisen gebe. Am Ende schien sich eine Mehrheit für ein Erklärungsmodell zu ergeben, das in einer Überlagerung verschiedener Problemkreise besteht: Grundlegend seien immer noch Differenzen der *Stammes-Ethik*, die nicht nur zwischen den Schwarzafrikanern, sondern vor allem auch zwischen sesshaften Bauern und den Nomaden des Nordens bestünden, die aber evtl. durch politische Dezentralisierung lösbar wären. Schwieriger sei da schon das sich überlagernde Problem der *Religions-Ethik*. Hier sei eine Radikalisierung und Fanatisierung von Einzelgruppen feststellbar, die das Gewaltmonopol

des Staates infrage stellten, und die daher auf der von ihnen selbst gewählten Ebene, d.h. wie geschehen, der militärischen Gewalt, in Schach zu halten wären. Als weiterer Problemkreis ergibt sich die Überlagerung durch eine *Staats-Ethik*, die sich zunächst in den Städten bilden kann und die die Wahl einer geeigneten Staatsform einschließt. Erst die Verbindung dieser drei Problemkreise untereinander und ihre jeweilige Personalisierung führt zum Gesamtbild eines Problem-Knotens, den zu entwirren, für alle Beteiligten eine mühselige, aber lohnenswerte (auch EZ-)Aufgabe darstellt.

Als schließlich das Podium noch für ein **Schlusswort** bereit stand, prägte einer der älteren GRG- Mitglieder das Wort von der *Zeitenwende der EZ*, denn die bisher tragenden traditionellen Motivations-Säulen der EZ, wie Beseitigung von Ausbeutung und Kolonialismus, seien nach 50 Jahren EZ obsolet geworden. Auch von einem politischen Frühling spricht in Arabien oder dem Sahel heute keiner mehr. Denn die (blutige) Wirklichkeit hat die traditionelle EZ überrumpelt, einschließlich der politischen Ebene. Vermutlich war und ist die materielle Zielsetzung unserer EZ („wirtschaftliche Zusammenarbeit“) sowieso zu kurz gegriffen. Denn der „clash of civilisations“ (Huntington), der vor 10 Jahren als Begriff des Konflikts der USA mit der restlichen, vor allem islamischen Welt geprägt wurde, findet heutzutage innerhalb der Drittwelt-Staaten selbst statt, in denen – durch direkte Kommunikation vernetzt - die früher meist schweigende Mehrheit der Landbevölkerung und die steigenden Massen der städtischen Arbeitslosen nunmehr auch ihre Stimme erheben. Insgesamt haben die Probleme im Sahel also eher zu- als abgenommen

Termine

• MAISEMINAR 2014

Vom 16. bis 18. Mai 2014

Ort : MARTIN-NIEMÖLLER-HAUS in
61389 Schmitten/Arnoldshain

Arbeitsthema: **Wissensmanagement in der Entwicklungszusammenarbeit**

• HERBSTSEMINAR 2014

Vom 17. bis 19. Oktober 2014

Ort : Bildungs- und Ferienstätte
37318 Uder

Arbeitsthema: **Consultingwirtschaft in der Entwicklungszusammenarbeit**

Wer möchte mitmachen oder hat noch einen Tipp zu einem Referenten?

Impressum

GRG Informationsblatt 02/2013
November 2013

Herausgeber

GRG e.V. Rückkehrerforum
GIZ-Rückkehrergemeinschaft
Gemeinnütziger Verein
Postfach 5306
65728 Eschborn/Taunus.

Kontaktbüro:

Dipl.-Ing. Joëlle Fengler
Im Hause der GIZ, Raum ED 30004
Dag-Hammarskjöld-Weg 1-5
65726 Eschborn
Tel: 06196 - 79 3101, Fax: 79 80 3101
Email: GRG@giz.de
Oder privat:
Tel: 06501 - 99073 Fax 99074
Email: Fengler@FenglerConsult.de

Redaktion

Frideborg Bammel  bammel@grgweb.de
Joëlle Fengler  Fengler@fenglerconsult.de

Die Beiträge im GRG Informationsblatt geben die Meinung der Autoren wieder.
Sie entsprechen nicht notwendigerweise den Ansichten der GRG.